

Die Inflation in Österreich bremst sich ein, bleibt aber im europäischen Vergleich hoch. Pensionen und verschiedene Sozialleistungen steigen nächstes Jahr ebenfalls inflationsbedingt um 9,7 Prozent.

Historisches Treffen von Japan und Südkorea angesichts wachsender Spannungen mit China. Deutschlands Kanzler Scholz hält an den Grenzkontrollen zu Österreich fest und Waldbrände auf Tenerife die Feuerwehren hoffen auf Regen.

Wie es mit dem Wetter bei uns weitergeht, sagt Ihnen Daniel Stanker. Sehr warm und sonnig haben wir es jetzt am Abend, vor allem von Bregenz bis Wels. Ein paar Wolken und Schauer sind aktuell noch umher, die meisten in der Steiermark, zum Beispiel in Graz.

Nach Sonnenuntergang werden die Schauer weniger. Das Wochenende bringt große Hitze und viel Sonnenschein. Am Samstag sind es 27 bis 32, im Rheintal und im Inntal bis zu 34 Grad und am Sonntag werden es bis zu 35. Die werden dann im Osten erreicht. Zur Sonne kommen abgesehen von den einzelnen Frühnebelfeldern nur ein paar Wolken. Höchstens vereinzelt bildet sich am Samstag ein kurzer gewittriger Schauer, als über den Bergen Kärntens oder der Steiermark.

Und auch in der nächsten Woche geht es sehr heiß weiter. Ein Ende der Hitzewelle ist noch nicht abzusehen. Ex-ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz muss sich Mitte Oktober vor Gericht verantworten, und zwar wegen des Vorwurfs der Falschaussage und der Wahrheitspflicht im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Neben Kurz sind auch sein ehemaliger Kabinettschef Bernhard Bonelli und die Ex-Generaldirektorin der Casinos Austria Bettina Glatz-Kremsner wegen Falschaussage angeklagt.

Das hat die Wirtschaft zum Korruptionsstaatsanwaltschaft heute bekannt gegeben. Mittlerweile liegt Ö1 auch der Strafantrag vor. Jürgen Pettinger und Bernd Kuschu berichten. Auf 108 Seiten begründet die Staatsanwaltschaft ihre Vorwürfe. Deutlich etwa den gegen Sebastian Kurz betreffend Bestellungen von Aufsichtsratsmitgliedern in der Staatsholding ÖBAK. Kurz habe im Ibiza-U-Ausschuss falsch ausgesagt. Er könne sich zwar vorstellen, dass es dazu Brainstorming runden unter anderem mit Ex-Finanzminister Hartwig Löger gegeben habe, aber eher kurz habe die Aufsichtsräte nicht ausgewählt.

Die Staatsanwaltschaft hingegen argumentiert anhand von Jets Zitat Aus einer Zusammenschauerbeweisergebnisse lässt sich ableiten, dass Kurz es sich vorbehalten hat, Personen für den Aufsichtsrat der ÖBAK auszusuchen und er ein Vetorecht in Anspruch genommen hat. Kurz hat ein mögliches Aufsichtsratsmitglied als unmöglich abgelehnt und er habe auch vorgegeben, wer Aufsichtsratsvorsitzender werden soll. Der damals angehende ÖBAK-Vorstand Thomas Schmidt und Ex-Finanzminister Löger haben laut Anklage in der internen Kommunikation auch von Vorschlägen für Aufsichtsräte geschrieben,

die sie kurz unterbreiten.

Zitat von Löger habe Vorschlag mit Sebastian, die besprochen, abgestimmt.

Kurzanwalt Werner Subran sagt zu dem Strafantrag,

bei der Hartnäckigkeit, wie die WK ist ja das Thema verfolgt hat,

war es zu erwarten, dass sie auf jeden Fall anklagen wollen.

Und jetzt gehen wir davon aus, dass wir mit den vorhandenen Argumenten

und auch mit den bisherigen Aussagen und Aktenergebnissen

das unabhängige Gericht davon überzeugen können,

dass Sebastian Kurz nie vor dem Untersuchungsausschuss

vorsätzlich die Unterheit sagen wollte.

Dem Ex-Kurz-Kabinettschef Bernhard Bonelli wird ebenfalls vorgeworfen,

dass er falsch ausgesagt und seine Rolle und die von Kurz

bei Postenbesetzungen in der Ö-Bag heruntergespielt habe.

Von Bonelli gibt es keine Stellungnahme.

Der Anwalt der ehemaligen Casinos Generaldirektorin

und Vize ÖVP-Chefin Bettina Glatz-Kremsner sagt,

sie gehe von einem positiven Verfahrensausgang aus.

Glatz-Kremsner werden Falschaussagen nicht nur im Ibiza-U-Ausschuss,

sondern auch als Zeugin gegenüber der Staatsanwaltschaft vorgeworfen.

Den angeklagten Traum theoretisch bis zu drei Jahre Haft.

Den Prozess im Oktober soll übrigens ein ehemaliger Staatsanwalt leiten,

der frühere Eurofighter Staatsanwalt Michael Radastitsch,

der mittlerweile Richter ist.

Die Inflation hat sich in Österreich im Juli etwas abgeschwächt.

Sie beträgt sieben Prozent.

Im Juni lag die Teuerung noch bei acht Prozent.

Preistempend waren im Juli die Treibstoffpreise.

Im Vergleich zum Vorjahr waren diese deutlich günstiger.

Im August dürfte sich dieser Effekt aber abschwächen

und im Vergleich zum Euro-Raum bleibt die Inflation in Österreich hoch.

Mehr von Max Nikols.

Benzin, Diesel und Heizöl waren im heurigen Juli deutlich billiger

als im Juli des Vorjahres.

Das hat sich auf die Inflation ausgewirkt.

Im August rechnet Inflationsexperte Josef Baumgartner vom WIFO,

wird dieser Effekt allerdings geringer ausfallen.

Wir hatten ungefähr einen Niveau.

Im August letztes Jahr, das war ungefähr um die 1,80.

Und aktuell sind wir bei Diesel und Superbenzin

irgendwo in der Gegend von 1,70.

Das heißt, wir haben noch einen negativen Inflationsbeitrag.

Aber der ist dann deutlich kleiner als der noch jetzt im Juni und im Juli war.

Baumgartner geht trotzdem davon aus,

dass die Inflationsrate in Österreich weiter sinken wird.

Allerdings ist und bleibt sie im Vergleich mit anderen Ländern im Euro-Raum sehr hoch. Nur in der Slowakei, in Kroatien und in Litauen ist sie höher.

Hier liegt sie zwischen 7,1 und 10,2%.

Das habe mehrere Gründe.

Etwa länger laufende Energielieferverträge in Österreich.

Andere Länder hätten aber auch andere Maßnahmen gesetzt, sagt Baumgartner.

Wenn wir jetzt die westlichen Euro-Zonenländer als Vergleich heranziehen, hat Österreich die höchste Inflationsrate.

Da haben andere Länder direktere Maßnahmen getätigt, um auf die Inflation einzuwirken.

In Österreich war das nur sehr eingeschränkt der Fall,

das hauptsächlich die Strompreisbremse zu nennen.

Aber sonst waren es bei uns hauptsächlich Maßnahmen,

um die Auswirkungen des Kaufkraftverlusts abzufedern.

Sagt Josef Baumgartner, Inflationsexperte am Wirtschaftsforschungsinstitut Vivo.

Ein Plus von 9,7% gibt es nächstes Jahr bei Pensionen, Sozial- und Familienleistungen.

Der Wert richtet sich nach den Inflationsraten der vergangenen 12 Monate.

Und das kräftige Plus bei den Pensionen ist eine politische Debatte entbrannt,

Neos warnen vor den hohen Kosten.

Finanzminister Magnus Brunner, ÖVP, überlegt, besonders hohe Pensionen

in einem geringeren Ausmaß zu erhöhen, die Grünen signalisieren dazu Stimmung.

Die Pensionistenvertreter haben zusätzliche Forderungen.

Tanja Malle fasst zusammen.

Die Pensionen sollen im kommenden Jahr um 9,7% steigen.

Diesen Richtwert hat das Sozialministerium auf Basis der heute

von der Statistikaustrea verlautbarten Inflationsraten berechnet.

Anders als in früheren Jahren will die Regierung diesmal aber nicht noch mehr drauflegen.

Das hat Bundeskanzler Karol Nehammer, ÖVP, bereits im Vorfeld angekündigt.

Und Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen sagt heute,

natürlich zugegeben, das ist eine Ruhebelastung für das Bundesbudget.

Kosten dürfte die Pensionsanpassung laut Sozialministerium rund 5,3 Milliarden Euro.

Die Beamtenpensionen sind hier nicht eingerechnet.

Sie dürften laut Finanzministerium weitere 1,1 Milliarden Euro betragen.

Die Pensionistenvertreter fordern heute zusätzlich zu den 9,7% plus

die Abgeltung des Kaufkraftverlusts der vergangenen beiden Jahre.

Dazu Sozialminister Rauch.

Das halte ich für eine schwierige Forderung,

weil wir die Tauerung für die Pensionisten und Pensionisten

durch Sommerzahlungen und einmalzahlungen mehr als kompensiert haben in den vergangenen 2 Jahren.

Das hat uns auch die Wirtschaftsforschung, das haben uns andere Institut bestätigt und bescheinigt.

Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP kann sich vorstellen,

sehr hohe Pensionen in einem geringeren Ausmaß zu erhöhen und Sonderpensionen zu beschneiden.

Sozialminister Rauch begrüßt diese Überlegungen heute.

Ich würde das gleich handhaben wollen.

Konkreteres war dazu aus dem Finanzministerium heute aber nicht zu erfahren.

Nur so viel.

Die Details wolle man in den kommenden Wochen verhandeln.

Nicht nur die Pensionen, auch verschiedene Sozial- und Familienleistungen sollen 2024 um 9,7% erhöht werden.

Nach Berechnungen des Sozialministeriums liegen die Kosten des Bundes dafür bei rund 665 Millionen Euro.

Erhöht werden etwa Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Kranken- und Rehabilitationsgeld, sowie Studien- und Schülerbeihilfe, nicht aber das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe.

Wegen der Anhaltentonninflation steigt auch die Obergrenze für die Wahlkampfkosten,

denn diese wird seit 2020 automatisch an die Tauerung angepasst

und liegt inzwischen ausgehend von 7 Millionen Euro pro Partei, derzeit bei rund 8 Millionen.

Bis zur Nationalratswahl, die regulär im Herbst kommenden Jahres stattfinden soll,

wird dieser Betrag noch mal steigen, berichtet Stefan Kapacher.

Exakt 8 Millionen und 35.000 Euro dürfte eine Partei für ihren Wahlkampf ausgeben, wenn heuer die Nationalratswahl wäre.

Diesem Wert hat die Statistik austriell heute gemäß den gesetzlichen Vorgaben bekannt gegeben.

Die Erhöhung macht 8,5 Prozent aus, ein deutlicher Sprung nach oben

und im Sommer 2024 wird es noch einmal so einen Sprung geben,

da wird die Wahlkampfkosten-Obergrenze wieder angepasst.

Sie dürfte für die dann ja tatsächlich stattfindende Wahl bei gut 8,5 Millionen Euro zu liegen kommen.

Die Parteienförderung ist bereits zu Jahresbeginn valorisiert worden

und von 31,8 auf 34,5 Millionen Euro insgesamt gestiegen,

also um 2,7 Millionen Euro.

Den Löwen-Anteil davon erhält mit 13 Millionen die ÖVP,

die folgt von der SPÖ mit 7,5 Millionen, der FPÖ mit knapp 6 Millionen,

den Grünen mit 5 und Neos mit 3 Millionen Euro.

Im Wahljahr 2024 steht eine inflationsbedingt ähnlich saftige Erhöhung der Parteienförderung bevor.

Angehoben wurden heute auch weitere Grenzwerte, die im Parteiengesetz an die Inflation geknüpft sind.

Parteien dürfen heuer spenden im Ausmaß von 860.000 Euro annehmen statt bisher 750.000.

Einzelne Spenden dürfen dabei 8.600 Euro nicht übersteigen, ursprünglich waren das 7.500 Euro

und die zulässigen Wahlkampfkosten für einzelne Wahlwerber, die für ein Mandat kandidieren,

steigen auf 17.200 Euro nach ursprünglich 15.000 Euro.

Es ist 18 Uhr und 10 Minuten.

Die brutale japanische Kolonialherrschaft auf der koreanischen Halbinsel von 1910 bis 1945 sorgt bis heute für massive Spannungen zwischen den beiden Ländern.

Doch angesichts Zunahme der Konflikte mit China sind Japan und Südkorea nun zu einem Schritt bereit,

den viele Beobachter als historisch bezeichnen.

Unter Vermittlung der USA findet in Camp David ein Spitzentreffen statt, Japan und Südkorea rücken zusammen.

Aus Washington in Kapi.

Aus alten Feinden sollen neue Verbündete werden.

Dafür lehrt US-Präsident Biden den südkoreanischen Präsidenten Jun und den japanischen Ministerpräsidenten Kishida ein.

Der Gipfel findet in Camp David, unweit von Washington statt, ein Ort, der für die bedeutendsten Treffen dieser Art reserviert ist.

Immerhin soll eine neue Ära eingeläutet werden, sagt das Sicherheitsberater der US-Regierung Sullivan.

Was er mit dieser neuen Ära der Zusammenarbeit meint, ist, dass das Machtgefüge in Asien dauerhaft neu gestaltet werden soll.

Bei dem Gipfeltreffen hier wird es um den Umgang mit Chinas Machtstreben, Russlands Einfluss und Nordkoreas jüngste Raketenabschüsse geben.

Berichte, dass Nordkorea und Russland die Sicherheits- und Technologiebeziehungen intensivieren, sein Besorgniseregen sagt Sullivan.

Die USA, Japan und Südkorea wollen daher ihre militärische Kooperation ausbauen und einen mehrjährigen Planungsprozess für Militärübungen etablieren.

Die Planzeit, zu dem eine bessere Koordination der Raketenabwehr, ein Ausbau des Informationsaustausches

und eine Art Notfallhotline zwischen Washington, Tokyo und Seoul für schnelleren Austausch in Krisensituationen.

China wirft den USA vor, eine globale Vorherrschaft anzustreben und ein NATO-ähnliches Bündnis im Indo-Pacific zu schaffen.

Eine Kritik, die Sullivan zurückweist.

Aber klar ist, dass dieser Dreier-Gipfel vor allem als eine Botschaft an China und Nordkorea zu verstehen ist.

Der Deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat heute bei seinem ersten offiziellen Besuch in Österreich Bundeskanzler Karl Nehammer getroffen.

Eines der Hauptthemen bei der Zusammenkunft in Salzburg waren die deutschen Kontrollen an der Grenze zu Österreich, die Scholz trotz Kritik bei behalten will.

Angesichts der anhaltenden Migrationsströme sei dies unumgänglich.

Markus Müller berichtet.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind hervorragend.

Das ist einer der Botschaften, die beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Salzburg immer wieder transportiert wurden.

Die beiden Länder seien nicht nur Nachbarn, sondern auch Freunde.

Das ändert aber nichts daran, dass an der Grenze weiterhin kontrolliert wird, sagt Scholz.

Wenn das Grenzsystem als Ganzes nicht funktioniere, müssen man von Fall zu Fall eben pragmatisch vorgehen.

Das betreffe auch die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze.

Gegenwärtig ist das angesichts der Zahlen, die wir gemeinsam kennen, etwas, das unverzichtbar ist, genauso wie Österreicher seinerseits auch an anderen Stellen Kontrollen vornehmen muss, sag ich so.

Eingeführt wurden die Kontrollen erstmals im Jahr 2015

und dann schrittweise immer wieder verlängert.

Der Kampf gegen irreguläre Migration war aus österreichischer Sicht einer der Hauptpunkte des Besuchs.

Eine Lösung könne es nur gemeinsam geben, erklärt der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer.

Auch da sind wir in einer Schicksalsgemeinschaft.

Letztes Jahr hatte Österreich 122.000 Asylanträge.

Weitere Themen waren die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine.

Speziell im Bereich der Energieversorgung wollen die beiden Länder enger zusammenarbeiten.

Seit Dienstag wütet ein Waldbrand auf der kanaren Insel Tenerife.

Bisher wurden rund 3800 Hektar Wald in den Bergen der Insel in Mitleidenschaft gezogen.

Die Inselregierung spricht von Feuer,

das sich im umzugänglichen Gelände ungewöhnlich rasch ausbreitet.

Jetzt hoffen die Feuerwehren auf Niederschläge.

Josef Manola berichtet.

Die Ausbreitung der Flammen in den Bergen von Tenerife

haben die Evakuierung mehrerer Dörfer notwendig gemacht.

3000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen.

Viele werden noch die kommende Nacht in Sporthallen verbringen.

Eine Frau sagt, sie sei nicht sicher, ob sie hier zu Hause wiedersehen wird.

15 Hubschrauber und Flugzeuge werden bei Tageslicht eingesetzt.

260 Kräfte der Feuerwehr sind im unwegsamen Gelände im Einsatz.

Sie berichten von der Geschwindigkeit, mit der sich die Flammen ausbreiten.

Das ist eine Folge der Trockenheit.

Rafael San Jose von der Katastrophenschutzinheit des Heeres.

Es gibt so viel Brennmaterial nach einem Wochen in dem mit hohen Temperaturen.

Die Urlauber-Ort der Meer sind nur von Rauchwolken betroffen.

Die beiden Flughäfen haben normalen Betrieb.

Einziges Lichtblick Niederschläge

könnten morgen die Kanareninsel erreichen.

18.15 Minuten noch einmal nach Österreich.

Wo Bio draufsteht, ist nicht zwangsläufig Bio drinnen.

Das kritisieren Biointeressensgemeinschaften.

Vor allem in der Gastronomie gebe es Kontrolllücken.

Jetzt sollen an verpflichtenden Prüfungen gearbeitet werden.

Mehr von Paul Sihorch.

Gastrobetriebe mit Bio-Gerichten auf der Speisekarte

sollen künftig geprüft werden.

Im Gesundheitsministerium werden entsprechende Vorschläge

der Biointeressensgemeinschaften diskutiert.

Bestätigt das Ministerium.

Damit wird eine Forderung unter anderem von Michaela Russmann

vom Verein der Bio-Wirtenen erfüllt.

Das ist das große Ziel, dass wir seit Jahren verfolgen

und sehr freuen, dass wir so weit gekommen sind wie jetzt.
Dass es einen Entwurf einer internen Verordnung gibt.
Weniger erfreut war die Wirtschaftskammer.
Bio werde bei Lebensmittelkontrollen mitkontrolliert,
sagt Gastroobmann Mario Pulcher.
Doch auch er könne nun mit dem Vorstoß leben.
Es sind nämlich Ausnahmen für Bio-Kontrollen vorgesehen.
Bei kleinen Betrieben oder wenn nur einzelne Gerichte
als Bio ausgewiesen werden.
Wo die Grenze liegt, ob es Förderungen für Bio-Zertifikate gibt
und wann die Prüfungen starten, ist noch unklar.
Details zum Verordnungsentwurf sind nicht bekannt.
Der Verfassungsgerichtshof verhandelt Ende September
öffentlich über das ORF-Gesetz.
Konkret geht es um die Zusammensetzung des ORF-Stiftungsrates
und des Publikumsrates. Eva Haslinger informiert.
Verhandelt wird über einen Antrag der burgenländischen Landesregierung.
Sie beanstandet die Zusammensetzung des Stiftungsrates
und des Publikumsrates im ORF.
Die Bundes- und Landesregierungen hätten großen Einfluss
bei der Bestellung der Mitglieder.
Das stehe im Widerspruch zur gebotenen Unabhängigkeit
so der Vorwurf.
VfGH-Präsident Christoph Grabenwater.
Wann setzt der Verfassungsgerichtshof
eine öffentliche Verhandlung an?
Vor allem dann, wenn die Richterinnen und Richter
ein Aufklärungsbedürfnis haben
in faktischen oder rechtlicher Hinsicht.
Konkret zur Zusammensetzung des Stiftungsrates.
Start finden wird die öffentliche Verhandlung am 26. September.
Eine Entscheidung wird es da allerdings noch nicht geben.
Das wird dann noch mehrere Wochen dauern, so Grabenwater.
Ein ausführliches Interview mit VfGH-Präsident Christoph Grabenwater
unter anderem zur Forderung
nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung des Bargeldes.
Können Sie morgen im Ö1-Mittag-Journal hören.
Da ist Grabenwater im Journal zu Gast.
Jetzt ist Zeit für die Nachrichten, Paul Kracker.
Die SPÖ-Fonds hat starke gesetzliche Eingriffe bei den Zinsen.
Parta hat man Andreas Barber verlangt,
wer einem Wohnkredit habe,
sollte nicht mehr als 3% Zinsen zahlen müssen.
Finanziert werden müsse das mit einer zusätzlichen Steuer aufgewinneter Banken.

Weiters müsse man für Sparanlagen mindestens 3,25% Zinsen bekommen.
Und wer sein Konto überziehe,
sollte bis 5.000 Euro höchstens 5% Zinsen zahlen müssen.
Kleine Unternehmen müssen derzeit beim Antrag
für das Energiekostenpauschale lang warten.
Das Wirtschaftsministerium teilt mit im Moment GBS lange Wartezeiten.
Die ersten 10 Tagen seien pro Tag 20.000 Anträge gestellt worden.
Da können es zu technischen Überlastungen kommen.
Je nach Umsatz können Unternehmen zwischen 110 und fast 2.500 Euro Energiekostenpauschale bekommen.
Die Grünen zeigen sich offen für die Forderung der SPÖ nach einer Festlegung eines freien Seezugangs.
Grüner Generalsekretärin Olga Vogler sagt,
man könne darüber nachdenken, den freien Seezugang in die Verfassung zu schreiben,
wie von der SPÖ gefordert.
Man könne das aber auch in Form eines einfachen Gesetzestons, z.B. im Wasserrecht.
Der Regierungspartner überbehrt sich zur Forderung nach einer Verankerung des freien Seezugangs nicht geäußert.
Auf der Mittelmeerinsel Zypern hat es einen Zwischenfall gegeben zwischen Unusoldaten und türkisch-zypriotischen Militärkräften.
Nach UNO-Angaben haben die Militärkräfte bei einer Prügelei 3 Unusoldaten schwer verletzt.
Türkisch-zypriotische Behörden wollen offenbar eine Straße durch Gebiet bauen, das von der UNO kontrolliert wird.
Türkisch-zypriotische Bulldozer haben daher bei nicht genehmigten Bauarbeiten UNO-Lastwagen, Zementpolar und Stachlekrat in der UNO-Pufferzone verschoben.
Zypern ist seit 1974 in einem griechischen und einer türkischen Teil geteilt.
Der türkische wird international nicht anerkannt.
Die russische Justiz geht weiter gegen Menschenrechtsorganisationen vor.
Eingereicht in Moskau hat angeordnet, das renommierte Sacheraufzentrum aufzulösen.
Das Zentrum habe ohne Genehmigung, Ausstellungen und Konferenzen abgehalten.
In den vergangenen 1,5 Jahren hat die russische Justiz die Menschenrechtsorganisation Memorial verboten,
weil das die Helsinki-Gruppe sowie das Sova-Zentrum.
Das wird am Wochenende die meiste Zeit strahlend sonnig, am Nachmittag zwar auch ein paar Quellwolken,
aber nur ganz selten ein kurzer Schauer.
Sehr heiß morgen und schwül bei Temperaturen von 27 bis 35 Grad.
Christine Tönige, Frankenberger, Harald Landgraff und Helene Seelmann, Ihr Team.
Heute sagt Danke für Interesse. Es ist gleich 18.20 Uhr. Es geht weiter mit Markus Müller.
Willkommen bei einem Europaschnell-Sommorgespräch.
Zu Gast ist heute Alexandra Sajenko aus der Ukraine stammende Kulturmanagerin und einer, wenn man so sagen kann, Organisatorinnen der ukrainischen Community in Wien.
Grüß Gott Frau Sajenko.
Grüß Gott. Vielen Dank für die Einladung.

Alexandra Sajenko stammt ursprünglich aus der Stadt Kharkiv in der Ostukraine und lebt seit 2011 mit ihrer Familie in Wien.

Ihr Mann, der bis zum Kriegsbeginn zwischen den meinen Ländern hin und her gependelt ist, ist außerdem österreichischer Honorarkonsul in der Stadt Kharkiv.

In der kommenden halben Stunde möchte ich mit Ihnen über das ukrainische Leben hier in Österreich reden,

über die Lage in der Ukraine selbst, über die Verbindungen zwischen den meinen Ländern und unter anderem über eine Oper, die Sie mit den Auftrag gegeben haben,

über einen bei uns relativ wenig bekannten Habsburger Wilhelm in der Ukraine, heißt er Vassil Veschivani, in der Ukraine ist er relativ bekannter als hier.

Frau Sajenko, Sie sind Germanistin, haben in der Ukraine früher Deutsch als Fremdsprache unterrichtet

und im Vorgespräch haben Sie erzählt, dass Sie im Jahr 2014 im Rahmen oder im Zug der damaligen Maidan-Bewegung

von sich selber überrascht waren, dass Sie auf einmal politische Aktivistin geworden sind.

Was hat Sie damals dazu bewegt, sich zu engagieren?

Ja, genau. Ich habe Germanistik studiert und in den ersten Jahren habe ich auch Deutsch unterrichtet,

aber dann später habe ich den Beruf gewechselt und zwar für Public Relations

und das war vielleicht auch eine der Gründe, warum ich erfolgreich sein konnte bei diesen neuen für mich Aktivitäten.

Das ist sozusagen nicht politisch Aktivistin, sondern Zivilaktivistin eher,

denn ich konnte natürlich nicht gleichgültig zu schauen, was in meiner Heimat passiert,

am Ende des Jahres 2013 und ich habe mich diese Maidan-Bewegung in Wien auch angeschlossen

und gerade weil ich Erfahrung hatte in Public Relations zwar im Business,

war ich erfolgreich und bin Presse-Sprecherin eines Vereins geworden.

Zum ersten Mal in meinem Leben.

Aber was hat Sie damals und auch heute inhaltlich angetrieben, dass Sie sich da eingebracht haben?

Ja, ich wollte irgendwie meinen Landsleuten, meine Heimat helfen

und ich habe bemerkt, dass sehr wenige Österreicher, sogar die freundlich gegenüber der Ukraine sind, etwas über die Ukraine wissen.

Man hat oft sogar Ukraine und Russland verwechselt

und ich habe verstanden, dass wir Österreicher auch Journalisten sozusagen aufklären müssen.

Deswegen wurde ich aktiv und unser Verein, damals hieß dieser Verein demokratische Ukraine,

war praktisch die Hauptstimme der Ukraine hier in Österreich, in Wien vor allem,

denn wir haben sehr viele Veranstaltungen organisiert, ca. 100.

Wenn wir uns mal zurückversetzen ins Jahr 2014,

was waren denn damals die größten Missverständnisse, denen Sie immer wieder begegnet sind

und die Sie versucht haben, aufzuklären in Bezug auf die Ukraine?

Das sind eigentlich die Missverständnisse, die von der russischen Propaganda geschaffen wurden.

Dass es eine Art, dass große Russland ist und bleibt,

diese Erfindungen von Historikern des russischen Reiches und dann von sowjetischen Historikern

über die gemeinsame Wiege von drei brüderlichen Völkern, Ukraine Russland und Weiß Russland,

dass es keine eigenständige ukrainische Sprache, keine eigenständige ukrainische Identität gibt

und sogar, wahrscheinlich haben Sie davon gehört, dass der ukrainische Staat selbst die Erfindung des österreichischen Generalstabs ist.

Dass, wenn man sich die Geschichte anschaut und darauf kommen wir dann im Bereich der Opern nochmal,

also es stimmt so nicht, aber Österreich, also die Absaugermonarchie hatte schon einen Anteil daran.

Österreich hat irgendwie beigetragen, aber nicht als die Monarchie, sondern wie wir jetzt wissen, einzelne Personen, ja natürlich war Wilhelm von Habsburg, obwohl er ziemlich marginal war für diese Familie,

trotzdem einflussreich.

Bleiben wir jetzt nochmal kurz im Heute.

In Österreich leben jetzt ungefähr plus minus 70.000 ukrainischen Rennen, die seit dem russischen Angriff ins Land gekommen sind.

Die meisten davon sind Frauen mit mehr oder weniger kleinen Kindern.

Es ist immer sehr schwer zu verallgemeinern.

Aber wie Eindruck, wie geht es den Menschen, die seit vergangenem Februar zu uns hier nach Österreich gekommen sind?

Ja, das sind wirklich viele, viele Leute, fast ein Prozent der Bevölkerung Österreichs und wir sind sehr dankbar der österreichischen Republik, auch wie anderen Ländern in der EU, dass sie Ukrainerinnen mit kleinen Kindern empfangen haben.

Ich bin eng verbunden mit der ukrainischen Community.